

26 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen  
des Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 6. Feber 1968, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Richterdienstgesetz abgeändert wird (Richterdienstgesetz-Novelle 1968 - RDG-Novelle 1968)

Vorliegender Gesetzesbeschluß des Nationalrates hat eine Novellierung des Richterdienstgesetzes zum Gegenstand, durch welche die Bestimmungen über die Dienstbeschreibung und die Standesgruppen der Richter geändert werden sowie Regelungen bezüglich der Dienstbefreiung wegen Kuraufenthaltes des Zusatzurlaubes und der Erkrankung während des Erholungsurlaubes neu getroffen werden.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten hat den gegenständlichen Gesetzesbeschluß des Nationalrates in seiner Sitzung vom 13. Feber 1968 einer Vorberatung unterzogen und einstimmig beschlossen, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 6. Feber 1968, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Richterdienstgesetz abgeändert wird (Richterdienstgesetz-Novelle 1968 - RDG-Novelle 1968) wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 13. Feber 1968

H a l l i n g e r  
Berichterstatter

M a y r h a u s e r  
Obmann